

**"Zu einfach gestrickt" - EU-Kommissar Lamy über Stabilitätspakt und Europa nach der Wahl.**

14 June 2004

[Berliner Zeitung](#)

Monsieur **Lamy**, Europa hat ein neues Parlament gewählt. In dieser Woche wollen die EU-Staats- und Regierungschefs überdies einen neuen Kommissionspräsidenten vorschlagen. Welches sind die größten Herausforderungen für die neuen Volksvertreter und Kommissare?

Europa befindet sich in einer ausgesprochen schwierigen Lage - politisch und wirtschaftlich. Die Geschichte der europäischen Einigung nach dem zweiten Weltkrieg war stets geprägt von Höhen und Tiefen. Zurzeit stecken wir wieder in einem Tief, aus dem wir uns befreien müssen.

*Woran machen Sie das fest?*

Das geringe Interesse der Bürger an den Wahlen zeigt, dass es in Europa an Dynamik fehlt. Dabei liegen enorme Aufgaben vor uns: Politisch müssen wir die Integration der neuen EU-Mitglieder bewältigen. Das ist so, als ob zehn neue Mitglieder in ein Haus einziehen, das noch gar nicht fertig ist. Und was die Wirtschaft betrifft, leiden wir an einem zu geringen Wachstum. Die neue Kommission wird deshalb eine Agenda mit Schwerpunkten formulieren müssen, die die Menschen wirklich bewegen: Jobs, Sicherheit und Europas Stellung in der Welt. Wir müssen die EU zu einer Sache machen, die die Menschen mögen. Das ist gar nicht so einfach, aber wir müssen es versuchen.

*Die EU-Staaten leiden unter der schwachen Konjunktur und riesigen Haushaltslöchern. Hat sich der Stabilitätspakt in der Krise bewährt?*

Der Pakt ist zu einfach gestrickt, um Antworten auf komplizierte Fragen zu geben. Es ist nun Aufgabe der Kommission, Vorschläge für einen Neustart mit intelligenteren Vereinbarungen zu unterbreiten. Das wird die Kommission auch tun. Europa muss künftig besser auf wirtschaftliche Schwächephase reagieren können. Das Fundament des Pakts sollte aber erhalten bleiben: Wir haben eine gemeinsame Währung, müssen deshalb diszipliniert haushalten und unsere Wirtschaftspolitik besser abstimmen.

*Europas Verbraucher und Unternehmen standen zuletzt wegen der hohen Ölpreise unter Schock. Wie sehr gefährden die Turbulenzen am Ölmarkt den Aufschwung?*

Ölpreise unterliegen nun einmal Schwankungen. Wir müssen damit leben, dass Rohstoffe in einer Phase des Aufschwungs teurer werden. Das gilt erst recht in Zeiten weltpolitischer Krisen wie derzeit im Irak.

*Sollte die Europäische Zentralbank die Leitzinsen anheben, um Inflationsgefahren zu bannen?*

Es ist nicht mein Job, die Politik der EZB zu kommentieren - da müssen Sie meinen Kollegen Amann Almunia fragen, der für Währungsfragen zuständig ist. Richtig ist, dass der hohe Ölpreis gewisse Inflationsrisiken birgt. Persönlich sehe ich aber keinen Grund zur Kritik an der gegenwärtigen Zinspolitik der Zentralbank.

*Neuen Schwung für die Weltkonjunktur soll ein Durchbruch bei der laufenden Welthandelsrunde bringen. Die EU will unter Ihrer Führung voran gehen und gemeinsam mit den USA alle Exportsubventionen im Agrarsektor streichen. Wie weit sind die Gespräche gediehen?*

Zurzeit verhandeln wir über viele technische Details. Das liegt daran, dass die USA ihre Bauern verdeckter fördern, als wir dies tun. Die Amerikaner arbeiten mit Exportkrediten, die Europäer mit Direktzahlungen. Aber unsere Gegensätze sind nicht unüberbrückbar. Alle Beteiligten wissen, dass wir bis Ende Juli einen Durchbruch brauchen, denn danach schließt sich das Zeitfenster wegen der US-Wahlen.

*Für ihren Vorstoß haben sie aus ihrem Heimatland Frankreich schwere Prügel bezogen. Stört Sie das nicht?*

Wir leben in einem Europa der 25. Jedes Land hat seine Empfindlichkeiten, die Deutschen sorgen sich um ihre Steinkohle, die Portugiesen um ihre Textilindustrie und die Franzosen eben um ihre Bauern. Zum Glück entscheidet die EU in Handelsfragen mit qualifizierter Mehrheit - und die habe ich.

*Zwischen Berlin und Paris hat es zuletzt erhebliche Verstimmungen über die Industriepolitik gegeben. Vor allem Frankreichs Rolle bei der Pharmafusion von Sanofi und Aventis war umstritten. Wo stehen Sie?*

Ich möchte die konkreten Fälle nicht kommentieren. Allerdings zeigt sich hier erneut, wie wichtig die deutsch-französische Zusammenarbeit für Europa ist. Sobald beide Länder in der Industriepolitik eine gemeinsame Position finden, kann daraus ein Modell für die gesamte EU werden.

*Wie dringend braucht Europa eine gemeinsame Industriepolitik?*

Sehr dringend. Kein Land der Welt verzichtet auf eine solche Politik. Warum also sollten wir das tun? Das Gute an den Diskussionen der vergangenen Monate ist, dass der Begriff Industriepolitik in Brüssel kein Schimpfwort mehr ist. Das war er nämlich lange Zeit.

Das Gespräch führten Thorsten Knuf und Rouven Schellenberger.